

Nur zweite Wahl?

Die Macht des EU-Parlaments wächst - viele Wähler bleiben misstrauisch / Von Klaus-Dieter Frankenberger

Die Wahlforschung hat die Europawahlen der Vergangenheit als nachrangige oder "Wahlen zweiter Ordnung" eingestuft: weil die Wahlkämpfe mit nationalen und nicht mit europäischen Themen bestritten wurden; weil die Wahlbeteiligung niedrig war; und weil, damit zusammenhängend, kleine Parteien zum Zuge kamen, die im nationalen Rahmen allenfalls die Rolle einer mal mehr und mal weniger beachteten Opposition spielten. Schon vor fünf Jahren wollen die Forscher eine "Europäisierung" der Europawahl beobachtet haben. Werden nun, unter dem Eindruck der Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, welche der EU und den Bürgern in vielen Ländern schwer zugesetzt und zu gefährlichen Verwerfungen geführt hat, die ersten "wahren" Europawahlen stattfinden?

Viele (Europa-)Politiker möchten das gerne glauben. Aber in Wahrheit treibt auch sie die Furcht um, dass die Wahlbeteiligung, also ein maßgebliches Kriterium für eine als "wichtig" eingestufte Wahl, bestenfalls gleich bleiben, wenn nicht gar weiter sinken werde. Deswegen sind in den vergangenen Tagen viele Appelle an die Wähler ergangen, sie sollten doch um Himmels willen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und so ein Zeichen der Europa-Verbundenheit setzen. Die Wähler scheint das nur mäßig zu bewegen; auch der Umstand, dass die Parteienfamilien mit sogenannten Spitzenkandidaten - für das Amt des Kommissionspräsidenten - antreten, hat dem Augenschein nach kaum zusätzliches Interesse geweckt. Ihre Debatten fanden wenig Nachhall.

1979, als das Europäische Parlament zum ersten Mal direkt gewählt wurde - zuvor waren die Abgeordneten von den nationalen Parlamenten entsandt worden -, lag die Wahlbeteiligung in den neun Mitgliedstaaten bei 62 Prozent. Dreißig Jahre später, die EU hatte inzwischen 27 Mitglieder, war die Wahlbeteiligung europaweit auf rund 43 Prozent gefallen. Was immer der Grund für diesen Schwund gewesen ist - das Paradoxe daran ist, dass das Europaparlament die Institution ist, deren Macht im EU-Institutionengefüge stetig gewachsen ist.

Die Wähler allerdings haben das nicht annähernd honoriert. Die Mehrheit, also nicht nur jene Wähler, von denen erwartet wird, dass sie für populistische und nationalistische, eurokritische und europafeindliche Anti-Establishment-Parteien stimmen werden, sieht in den nationalen Parlamenten den Sitz demokratischer Legitimität. Das ist eine Auffassung, der zum Beispiel der niederländische Außenminister Frans Timmermans nicht fernsteht. Auf dem "Europa-Forum Wachau" versetzte er neulich dem Glauben, dass Demokratie in Europa vor allem über das Europäische Parlament hergestellt werde, einen Schlag: Die EU beziehe ihre Legitimität aus den demokratisch verfassten Mitgliedstaaten. Wahr ist, dass den Brüsseler Institutionen viel Misstrauen entgegenschlägt, ob zu Recht oder zu Unrecht. Der frühere luxemburgische Ministerpräsident Juncker hat das im Gespräch mit dieser Zeitung soeben noch einmal anerkannt. Warum ist das so?

Darauf gibt es vermutlich mehr als eine Antwort. Viele Leute, insbesondere in den europäischen Krisenländern, geben der EU eine Mitschuld an ihrer wirtschaftlichen Lage. Sie sehen das Wohlfahrtsversprechen, das mit der EU historisch verbunden worden ist, als gebrochen an. Andere wiederum ärgern sich darüber, dass sich "Brüssel" in Alltagsdinge einmische, die es eigentlich nichts angingen - während die EU bei den wirklich großen Fragen der Politik oft ein eher klägliches, zumindest ein wenig überzeugendes Bild abgibt. Wiederum andere halten die Euro-Rettungspolitik der vergangenen Jahre für vertragswidrig und verfehlt.

Vermutlich schürt noch ein anderer Punkt Misstrauen. Zweifelsohne sind die allermeisten Europäer für eine enge Partnerschaft und Zusammenarbeit, aber die Vorstellung, dass die EU dereinst in die Vereinigten Staaten von Europa münden solle, diese somit die Nationalstaaten ablösen sollten, dürfte die Mehrheit verschrecken. Das Propagieren dieses Ziels hat also politisch den gegenteiligen Effekt. "Ein politisches Europa kann nicht gegen die Nationalstaaten gebaut werden, sondern nur mit ihnen", hat jüngst der niederländische Historiker Luuk van Middelaar, ein Mitarbeiter des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, geschrieben. Das ist richtig, und zwar allein deshalb, weil sich andernfalls die Bürger, die an ihrer nationalen "politischen Behausung" hängen, abwenden. In wenigen Tagen wird man sehen, wie viele das schon jetzt tun - und wie vielen "Europa" trotz allem und nach wie vor und vielleicht gerade wieder - Stichwort Ukraine - so viel wert ist, dass sie zumindest zur Wahl gehen.